

Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen
www.vorort-vaihingen.de

Städtisches Verkehrskonzept völlig untauglich

Mehr Verkehr für Vaihingen

(geg) Noch vor der nächsten Stufe der Allianz-Baupläne für den Herbst vergangenen Jahres war es versprochen worden: Ein Gesamtverkehrskonzept für Vaihingen, das aufzeigen sollte, wie trotz der großen Bauvorhaben der unerträgliche Autoverkehr im Stadtbezirk verringert werden könnte.

Mit einem guten Jahr Verspätung - die Allianz Planungen sind bereits konkretisiert - wurde das Konzept nun den Bezirksbeiräten Vaihingens und Möhringens vorgelegt. Eingearbeitet seien die Verkehrskonzepte von Daimler, Allianz und dem Investor des ehemaligen IBM-Geländes, die alle ebenfalls großmundig angekündigt hatten, die Verkehrsprobleme Vaihingens zu lösen.

Um es vorweg zu sagen: das Ergebnis ist für die Bezirksbeiräte, ebenso wie für die Vaihinger Bevölkerung mehr als enttäuschend. Statt weniger Verkehr bilanziert das Konzept nach den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur auf der A8 und den verschiedenen Abschnitten der Nord-Südstraße eine tägliche Mehrbelastung von bis zu 22.000 Fahrzeugen, sondern auch für fast alle innerörtlichen Straßen eine starke Zunahme des Autoverkehrs. Nur einige Beispiele: 7.600 mehr Fahrzeuge pro Tag auf der Büsnauerstraße, 5.400 in der Seerosenstraße, 800 in der Schönbuchstraße, 900 in der Osterbronnstraße und 3.400

auf der Vaihinger Hauptstraße.

Verwunderlich ist dies alles bei dem von den Verkehrsplanern gewählten Ansatz nicht: Statt Maßnahmen zu Verkehrsbeschränkung in den Innenzonen zu entwickeln und eine nachhaltige Verbesserung des öffentlichen Angebots zu planen, beschränken sie sich weitgehend auf Straßenbaumaßnahmen wie den vor allem von Daimler geforderten Ausbau der Nord-Süd-Str., die Überdeckung der S-Bahn im Bereich Filderhof-Ruppmannstr. oder den Anschluss der Büsnauerstr. an den Autobahnzubringer um den erwarteten Verkehr von zusätzlichen rund 18.000 Arbeitsplätzen zu bewältigen. Die Vorschläge im ÖPNV Bereich beschränken sich auf ein paar obnehin schon beschlossene Taktverdichtungen von Buslinien und von den Planern selbst als eher utopisch angesehenen



neuen Verbindungen durch eine Seilbahn oder die Verlängerung der Straßenbahnen nach Büsnau, vom Dürriewang nach Rohr und über das Möhringer Feld. Höhepunkt dieser Luftschlösser bildet wohl ein von den Möhringern bereits strikt abgelehntes Parkhaus am Möhringer Freibad, von dem

aus dann die Pendler für die letzten 500 m ihrer langen Staufahrt in die Seilbahn zum Gewerbegebiet umsteigen sollen. Allein für die Prüfung dieser Möglichkeit gibt die Stadt aktuell 200.000 Euro aus.

Gemessen an den Versprechungen, man werde den Verkehr auch bei Ansiedlung weiterer Großprojekte in den Griff bekommen, kann die Antwort auf dieses Verkehrskonzept nur lauten: Es darf nichts mehr gebaut werden, solange nicht tragfähig nachgewiesen wird, dass der Stadtbezirk vom Verkehr entlastet werden kann.

So gesehen
von Gerhard Wick

Die gute Nachricht: Über 90 Prozent der Wahlberechtigten haben bei der Bundestagswahl nicht die rassistisch-neonazistische AfD gewählt. Es haben aber auch über 85% nicht SPD und 75 % nicht CDU gewählt. Und deutlich mehr als 90 % wollen weder Grüne noch FDP an der Regierung sehen.



Sollte es nun zu einer schwarz-grün-gelben Regierung kommen, so wird sich diese aus Parteien zusammensetzen, die im einzelnen von jeweils einer großen Mehrheit des Volkes abgelehnt werden und die auch alle zusammen immer noch um die 60 Prozent der Wahlberechtigten gegen oder zumindest nicht für sich haben.

Das Grundgesetz für die BRD verkündet: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.

Von Abstimmungen ist in der politischen Wirklichkeit nahezu nichts zu bemerken. Bleiben die Wahlen. Und die Frage, welcher Volkswille in einer Regierung steckt, die von einer deutlichen Mehrheit nicht gewählt wurde.

In der sogenannten repräsentativen Demokratie kann offensichtlich nur zwischen von den politischen Eliten vorausgewählten „Repräsentanten“ gewählt werden, die weder die Wählerinnen kennen noch deren Auftrag. Eine Wahl im Sinne der Bestimmung eines Vertreters, der des Wählers Anliegen vertritt, gibt es nicht. Der Repräsentat repräsentiert im Besten Fall seine Partei und deren Sonderinteressen.

Man sollte daher aufhören von „Volksvertretern“ und dem Volk als Souverän, also oberster Entscheidungsinstanz zu sprechen und zugeben: Die repräsentative Demokratie ist eher das Gegenteil von Demokratie.

Schnellradweg ja bitte- aber nicht über die Panzerstraße

Der Landkreis Böblingen und das Verkehrsministerium hatten die gute Idee, einen Rad-schnellweg von Stuttgart nach Böblingen zu bauen. Ganz und gar nicht gut aber ist die gewählte Route. Die nämlich soll über die steile Waldburgstraße und weiter über die denkmalgeschützte Panzerstraße mit ihrem starken auf und ab führen. Nicht nur würden damit die zahlreichen Spaziergänger auf einen schmalen Streifen neben der Straße verdrängt, es müssten auch erhebliche Eingriffe in Wald und Flur vorgenommen werden. Dazu käme eine die Waldtiere störende Dauerbeleuchtung des Naherholungsraumes.

Da es eine für Radfahrer wesentlich angenehmere, weil deutlich flachere, gleichmäßig ansteigende Alternative einige hundert Meter entfernt davon gibt, hat die Fraktion SÖS/ Linke/PluS im Bezirksbeirat nun die Stadt Stuttgart per Antrag aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Schnellweg über die alte B14 geführt und über die Haupt- oder Vollmoellerstr. angebunden wird. Diese Straße ist bereits voll ausgebaut und wird für den Autoverkehr eigentlich nicht mehr benötigt, weil direkt parallel dazu die A 831 verläuft. Es sei nicht nachvollziehbar einen Schnellradweg auf Kosten der Fußgänger anzulegen, wenn es auch die Möglichkeit gebe, diesen als echte Alternative zum Autoverkehr zu errichten, erklärten die Beiräte von SÖS. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (geg)

Nur Stuttgart weiß, was für Vaihingen gut und richtig ist

Der betreute Stadtbezirk

Seit der Eingemeindung unter dem Nazi-Regime am 1. April 1942 wird der Stadtbezirk Vaihingen betreut regiert - höchst selten zu seinem Vorteil. Ein aktuelles Beispiel ist die geplante Allianz-Ansiedlung. Die Stadt Stuttgart erhofft sich sprudelnde Gewerbesteuererinnahmen. Unter allen öffentlichen Aspekten aber wird sich das Vorhaben nachteilig auswirken.

Während über die Einnahmen der Stuttgarter Gemeinderat verfügt, müssen die Nachteile des Vorhabens vor allem von den Vaihingerinnen und Vaihingern

getragen werden.

Dabei folgen die Stuttgarter Stadträte und Bürgermeister in ihrer Argumentation immer derselben Methode: Sobald eine

Entscheidung zulasten der Lebensqualität in Vaihingen ansteht, wird der Vaihinger Bevölkerung erklärt, sie solle nicht egoistisch sein, sondern die übergeordneten Stuttgarter Ziele vor Augen haben - wie wenn die Vaihinger Umwelt nicht auch zu Stuttgart gehören würde. Als Hiesige*r bemüht man sich redlich, über den Vaihinger Tellerrand zu blicken. Und stellt fest: Wie schön wäre es, wenn Stuttgarter Grundsätze auch in Vaihingen zur Geltung gebracht würden!

Wird hier der Stuttgarter Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung beachtet? Nein, für die Allianz werden Freiflächen herangezogen, die im Stuttgarter Flächennutzungsplan gar nicht für eine Bebauung vorgesehen sind.

Wird die Ausgleichsfunktion in Naherholung und Sportversor-

gung berücksichtigt, welche die Stuttgarter Außenstadtbezirke gegenüber der Innenstadt wahrnehmen sollen? Aber woher denn; das Vaihinger Angebot an Sport- und Erholungsflächen liegt im Stuttgarter Durchschnitt und wird sich mit dem Vorhaben nicht verbessern. Der Stuttgarter Baubürgermeister hat zudem noch nichts verlauten lassen, ob und wie er mit dem Präzedenzfall Allianz eine weitere Siedlungsentwicklung auf den östlich angrenzenden Sport -und Kleingartenflächen aufhalten will.

Wird hier Stuttgarts Ziel verwirklicht, den Pendlerverkehr über die Stuttgarter Stadtgrenzen zu verringern? Heute wollen rund 25% aller Einpendler, die mit dem Kfz über die Stuttgarter Gemarkungsgrenze unterwegs sind, nach Vaihingen und ins Gewerbegebiet. Zwei Drittel der Allianz-



**FRISEUR
L A B E L**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

www.coiffeur-label.com

Selma Ülkü
Inhaberin

Pfarrhausstr. 17
70563 Vaihingen
fon: 0711/341 841 0

NEUE ANFÄNGERKURSE
für Kinder und Erwachsene
in Möhringen

0711 / 6787825

www.ki-aikido-stuttgart.de
info@ki-aikido-stuttgart.de



**KI-AIKIDO
STUTTGART**



KFZ-Meisterbetrieb GmbH

Autoflott
Osterbronnstraße 14-16
70565 Stuttgart (Rohr)
Telefon (0711) 7 35 49 21
Telefax (0711) 7 35 42 48

ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik

Innenbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Unsere Leistungen für Sie:
Innenbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau- und Dämmstoffen.

ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L-Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de



Wir handeln mit Naturkost, weil es um Menschen, Tiere und die Natur geht, - nicht um Marktanteile!

Bio seit 1983

Grünschnabel
Naturkost & Naturwaren

Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711-735 25 02

DMB MIETER VEREIN STUTTGART

**Der gibt uns Sicherheit.
Mein Mieterverein.**

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

0711-210160

Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr
www.mieterverein-stuttgart.de
Moserstraße 5 · 70182 Stuttgart



Beschäftigten wohnen außerhalb von Stuttgart. Zusammen mit den weiteren Bauvorhaben, die Stuttgarts Stadtspitze vorantreibt, wird Vaihingen, so ist anhand des jüngsten „Verkehrskonzepts“ festzustellen, in Zukunft mehr als 40 % aller Kfz-Einpendler Stuttgarts verkraften müssen. Das ist vielleicht eine Verlagerung, aber bestimmt keine Verringerung des Pendlerverkehrs.

Damit der Verkehr dann noch rollt, sollen zwischen Möhringen und Vaihingen ein Parkhaus und eine Seilbahn gebaut und Nord-Süd-Straße zusammen mit ihren Kreuzungen ausgebaut werden ... also zusätzlich zu den Vaihinger Auwiesen auch noch der Grünzug entlang des Rohrer Wegs in bekannter Salamitaktik zerstückelt werden. Dabei wollte Stuttgart diesen Bereich doch angeblich von Bebauung frei halten, weil er für die Stuttgarter Frischluftversorgung von herausragender Wichtigkeit sei (nebenbei auch für die Landwirtschaft sowie die Naherholung der von Baumaßnahmen und Verkehrslärm vielgeplagten Fasanenhofer und Dürrlewangener).

Die Verkehrslärmbelastung ist innerhalb der Ortslagen von Vaihingen und Rohr so hoch, dass man hier dringend Gegenmaßnahmen ergreifen müsse, stellen die Stuttgarter Planwerke Jahr für Jahr dar. Offensichtlich damit man weiterhin viele Gegenmaßnahmen ergreifen

kann und muss, werden die Allianz-Tiefgaragenzufahrten an die Westseite des Grundstücks gelegt, so dass der Hauptteil der Beschäftigten, die mit dem Kfz kommen, durch Rohr und Vaihingen fahren dürfte.

Ein Bündnis für Wohnen hatte der Oberbürgermeister von Stuttgart nach seinem Amtsantritt ausgerufen - wer hätte gedacht, dass dazu gehört, Vaihinger Sozialwohnungen an eine weltweit agierende Aktiengesellschaft zu verschenken?

Die thermische Belastung sei zu verringern, hatte sich Stuttgart jüngst wieder in einem Gutachten des Deutschen Wetterdienstes empfehlen lassen. Denn besonders in den dicht bebauten Gewerbegebieten werde in Zukunft die Hitzebelastung drastisch ansteigen. Jaja, das wolle man beherzigen. Nur eben nicht in Vaihingen. Da soll mit dem Allianzvorhaben sogar eine Gebäudekubatur neu geschaffen werden, die in dieser Dimensionierung und Baumasse für den Bezirk neue Maßstäbe setzt. Und so könnte man noch lange

fortfahren. Geht so ein Fürsorgender mit seinem Betreuten um? Oder, um auf Augenhöhe zu fragen: Ist es mit demokratischen Grundsätzen vereinbar, einen Stadtbezirk, der selbst die Größe einer kreisfreien Stadt hat,



aus 12 Kilometern Entfernung zu „betreuen“? Wäre es nach 75 Jahren nicht längst angezeigt, eine Eingemeindung, die unter einem totalitären Regime vollzogen wurde, rückgängig zu machen?

Vaihingen könnte zusammen mit Möhringen eine finanzstarke Kommune bilden. Dann sähe es um Stuttgart aber traurig aus. Das Auflösen kleinerer, selbstorganisierter Einheiten zugunsten größerer Einheiten (z.B. aus Effizienzgesichtspunkten) läuft dem Prinzip der Subsidiarität zuwider: Es gehen Freiräume, derer es für eine pluralistisch ausgerichtete Gesellschaft bedarf, verloren. Adolf Süsterhenn führt in seiner

Schrift „Subsidiaritätsprinzip und Grundgesetz“ (1966, Universität Münster) aus, dass das Subsidiaritätsprinzip seinem Inhalt nach so alt sei wie das abendländische Rechtsdenken selbst und zitiert aus der Sozialenzyklika Pius des XI: „... so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.“ Das Subsidiaritätsprinzip sei ein wesentliches Ordnungsprinzip eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates, insbesondere eines föderalistischen Staatswesens.

Es wurde in den Europäischen Verträgen als konstituierendes Element der Europäischen Union explizit rechtlich verankert. Die durchschnittliche Gemeindegröße in Deutschland liegt bei 7.263 Einwohnern. Dafür ist es üblich, jeweils eigene Gemeinderäte und Verwaltungen vorzusehen. Als kleinste deutsche Gemeinde gilt Gröde in Schleswig-Holstein mit 9 Einwohnern. Die kleinste kreisfreie Stadt in Deutschland ist Zweibrücken mit rund 34.000 Einwohnern. Vaihingen hat 45.783 Einwohnerinnen und Einwohner, in Möhringen leben weitere 32.174 Menschen. Leinfelden-Echterdingen kommt im Vergleich dazu nur auf rund 39.000 Einwohner. (kcw)

Warum kein Wort zu Stuttgart 21, Herr Backes ?

Aufbruch Stuttgart

(u.s.) Das war ja ein gut organisiertes Event am Sonntag, dem 19. September: viele bunte Luftballons, ein Streifen grüner Rasen über der B14, spektakuläre artistische Darbietungen, viele Menschen und begeisternde Reden über den Aufbruch zu einer Umwandlung Stuttgarts von einer Autostadt in eine menschenfreundliche Vorbild-Metropole durch die Überdeckung der B14.

Viele fragen sich jedoch: Wer hat das Geld für dieses Spektakel gespendet oder locker gemacht? Sind es wirklich Menschen- und Umweltfreunde, die sich ehrlich um eine Verbesserung der Luftqualität in Stuttgart bemühen? Oder sind es Protagonisten eines expansiven Wirtschaftssystems, das auf ein unbegrenztes Wachstum auf unserem nicht unendlichen Planeten baut und dadurch mit Riesenschritten auf den Abgrund zusteuert; die nur die Zustimmung der Bevölkerung herbeiführen wollen, dass riesige Summen von Steuergeldern ausgegeben werden, um Bauprojekte sowie Entwicklung und

Verkauf von Elektromobilität voranzutreiben? Die von OB Kuhn vorgebrachte Forderung nach einem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist ohne Zweifel richtig, aber von Politikern aller Couleur hört man schon seit Jahrzehnten, dass mehr Personen- und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden soll. Und was geschieht wirklich? Schienenstrecken werden abgebaut, Frachtzentren geschlossen, Zugfahren wird systematisch unattraktiv und teuer gemacht, die Bahn-Infrastruktur vernachlässigt, die Kapazität des Bahnhofs der Landeshauptstadt wird reduziert, obwohl eine

Steigerung versprochen wurde. Auf der anderen Seite erfolgt ein fortwährender Ausbau des Straßennetzes, die Verlagerung der Lagerhaltung auf die Straße, Vergrößerung der Straßenfahrzeuge (Giga-Liner, SUV). Das Vermögen der Bahn wird zunehmend dem Zugriff von Investoren und Grundstückshaiern preisgegeben.

Kein Wort hört man von Herrn Wieland Backes, dem Vorsitzenden der Initiative „Aufbruch Stuttgart“, was er von dem schlimmsten Stadtzerstörer, dem Bau von Stuttgart 21, hält und ob es nicht höchste Zeit wäre, das Konzept zum Umstieg auf einen wirklich leistungsfähigeren, menschenfreundlicheren und sicheren Bahnhof für Stadt und Region endlich ernsthaft zu diskutieren. Mit diesem Konzept, das schon seit über einem Jahr existiert, könnten 4 - 6 Milliarden Euro der Kosten, die für das unsinnigste Großbauprojekt aufzuwenden die Projektpartner offenbar bereit sind, eingespart und

für sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und Reduzierung der Luftverschmutzung eingesetzt werden. Hier wäre der wichtigste Ansatzpunkt zur Schaffung einer menschenfreundlichen Stadt!

Seien wir also wachsam und skeptisch, was die wirklichen Motive der „Menschenfreunde“ sind.

Die Aufgabe der Bild-Zeitung ist es, im Auftrag der viel Besitzenden den wenig Besitzenden einzureden, dass ihnen Gefahr von denen drohe, die gar nichts besitzen.

Der zentrale Konflikt unserer Zeit ist der Krieg zwischen Reich und Arm. Meine Klasse, die Klasse der Reichen hat diesen Krieg angefangen und sie wird ihn auch gewinnen.

Warren Buffet, amerikanischer Multimilliardär in der New York Times

Das Vergangene ist nie tot, es ist nicht einmal vergangen

100 Jahre Oktober-Revolution

(c.g./s.r.) Vor über 100 Jahren hat sich die russische Bevölkerung in der Februarrevolution von der Feudalherrschaft des Zaren befreit. Ursachen dafür waren neben der katastrophalen Versorgungslage, unter der die Bevölkerung und die Soldaten zu leiden hatten, auch ungelöste politische, soziale und organisatorische Probleme des Staates.

Nach der Revolution kam es zu einer Übernahme der Macht einerseits durch die Duma mit einer gewählten bürgerlichen Regierung und andererseits durch die Sowjets - basisdemokratisch gewählte Arbeiter- und Soldatenräte.

Vor dem Hintergrund des 1. Weltkrieges spitzten sich die sozialen Probleme im Land weiter zu. Die bürgerliche Regierung war unfähig, die Probleme zu lösen und so wurde der Boden für die Oktoberrevolution bereitet. Angeführt von W. I. Lenin übernahm im Oktober 1917 die Sozialdemokratische Partei Russlands (Bolschewiki) die Macht.

Aber auch in Deutschland gab es vor knapp 100 Jahren in der Endphase des ersten Weltkrieges im November 1918 eine Revolution. Die Menschen in Deutschland hatten genug vom Krieg und seinen Folgen. Mit der Revolution wurde in Deutschland die Monarchie überwunden, es wurde das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Damit konnten endlich auch Frauen wählen und gewählt werden und die Arbeitgeber waren gezwungen Betriebsräte anzuerkennen und den Acht-Stunden-Tag zu akzeptieren.

Und wie sieht es heute, 2017, aus?

Wie vor 100 Jahren deuten sich heute für den Großteil der Menschheit existenzbedrohende Entwicklungen an. Die Bedrohung ist in einer globalisierten Welt nicht mehr lokal begrenzt auf ein Land.

Der Klimawandel trifft Deutschland aktuell noch punktuell und in milder Form, aber in vielen Ländern wird der Klimawandel unter anderem in Form von Stürmen, Überflutungen, Erdbeben und Dürren zur existentiellen Bedrohung. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis auch hierzulande die Folgen des Klimawandels noch stärker spürbar werden.

Der Klimawandel ist neben Kriegen - stets auch mit Waffen aus Deutschland - und Verlust der Existenzgrundlage durch Billigimporte und unfairen Handelsabkommen eine der größten Fluchtursachen.

Eine weitere Bedrohung für die Menschheit ist ein Atomkrieg, der in den letzten Monaten wieder wahrscheinlicher geworden ist. Denn Kim Jong Un und Donald Trump treiben die Auseinandersetzung immer weiter und bringen die Welt so an den Rande des Abgrunds.

Neben diesen unmittelbaren, die ganze Welt betreffenden Bedrohungen sind immer mehr Menschen in einer prekären Beschäftigung, viele können von ihrer Arbeit kaum noch leben und Existenz- und Zukunftsängste bestimmen das Denken.

Knapp 40% der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit (viele davon ungewollt), sind geringfügig beschäftigt, haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag oder sind als Zeitarbeiter tätig.

Heute können sich wenige eine Welt vorstellen, in der Kriege um Rohstoffe, Absatzmärkte und geostrategische Positionen keine Rolle spielen. Eine Welt, in der faire Handelsbeziehungen bestehen und Konflikte diplomatisch durch Verhandlungen gelöst werden. Eine Welt, die zusammenhält und sich daran macht die Klimakatastrophe abzuwenden und Umweltzerstörungen zu beseitigen oder wenigstens zu lindern. Eine Welt, in der Menschen und Umwelt im Mittelpunkt stehen und in der gesellschaftlicher Reichtum ebenso wie die notwendige Arbeit dafür möglichst gerecht verteilt wird.

Trotz jahrzehntelanger Konditionierung zu Individualismus und Konkurrenzdenken ist der Mensch ein soziales, empathisches und nach Gerechtigkeit strebendes Wesen.

Der aus dem heutigen Blickwinkel utopisch klingenden Vision einer gerechteren und friedlichen Welt stehen die Interessen derjenigen gegenüber, die vom Konkurrenzdenken profitieren und für die Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte notwendig sind, um ihre Profiteure immer weiter zu steigern. Sie müssten von ihrem angehäuften Reichtum etwas abgeben und wären die Verlierer. Gewinnen würde die überwältigende Mehrheit der

Menschen. Vor allem würde eine solche Kehrtwende die Grundlage menschlicher Existenz auf diesem Planeten sichern.

Von alleine wird eine solche Kehrtwende aber nicht stattfinden. Eine Abkehr vom kapitalistischen Prinzip der Profitmaximierung fällt ebensowenig vom Himmel wie das aktive und passive Frauenwahlrecht, die Anerkennung von Betriebsräten oder das Ende eines Krieges.

Bei jeder Schweinerei dabei

Wie gut ist die Allianz ?

(geg) Seit sie der Allianz eine Großbebauung in einer Kaltluftschneise auf Grün- und Sportflächen genehmigen wollen und dafür auch Wohnraum zu vernichten bereit sind, überschlagen sich die Grünen im Gemeinderat mit Lobeshymnen auf den allgemein und im besonderen ökologisch vorbildlichen Allianz-Konzern. Und auch in SPD Kreisen soll geäußert worden sein: Wenn es nicht die Allianz wäre, würden wir einer Bebauung dort niemals zustimmen.

Betrachtet man den Weltkonzern einmal abseits der eigenen Public Relations Meldungen, tritt deutlich anderes zu Tage: Der Konzern ist überall dabei, wo es Profit zu machen gibt, nach der Devise „Kapital kennt keine Moral“.

Dabei ist die Allianz längst kein reiner Versicherungskonzern mehr. Als typischer „Global Player“ erstrecken sich ihre Geschäftsfelder auf Großbanken, Kraftwerksbeteiligungen, Kriegswaffen, Immobilien, dem Besitz von Autobahnen und vielem mehr.

Bereits während der Nazi-Diktatur vergrößerte sich das Unternehmen kräftig durch Einverleibung „arisierter“ jüdischer Versicherungen. Dass die Allianz auch Gewinn zog aus der Versicherung der Gebäude und Wachmannschaften der KZs Dachau und Auschwitz wirft kein gutes Licht auf den Konzern, kann den heutigen Akteuren aber kaum angelastet werden.

Wohl aber z.B. die Milliarden-Beteiligung an chinesischen Kohlekraftwerken, deren CO2-Emissionen einen erheblichen Beitrag zum Klimakollaps leisten. Nach vielfältigen öffentlichen Protesten hat die Allianz zwar etliche dieser Beteiligungen veräußert, verdient aber weiter kräftig über die Versicherung dieser Dreckschleudern. Gut dazu passt, dass führende Allianz-Manager in den USA den Wahlkampf des Klimakillers Trump mit Millionenbeträgen finanzierten.

Eine über ihre Banken besonders verwerfliche Gewinnbeschaffungsstrategie geriet vor wenigen Jahren in die öffentliche

Mehr Menschen müssten sich für Perspektiven jenseits des Kapitalismus öffnen, Ideen entwickeln und dafür einsetzen. Eine Überwindung wird nur möglich sein, wenn nicht mehr das Prinzip der Profitmaximierung zugunsten Weniger, sondern ein gutes Leben für alle in Deutschland, Europa und der Welt sowie der Schutz der Lebensgrundlagen und Umwelt im Mittelpunkt stehen.

Kritik: Die Allianz beteiligte sich in beträchtlichem Ausmaß an den Hungertod Tausender mit verursachenden Spekulation mit Nahrungsmitteln und bediente ihre Aktionäre mit den daraus erzielten Gewinnen.

Mindestens ebenso abstoßend ist der Umstand, dass der Konzern mit hohen Millionenbeträgen an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt ist und so ein Geschäft mit Massenvernichtungsgütern macht.

Als eine besondere Spezialität des Konzerns erscheint die Enteignung von Staaten durch Übernahme privatisierter Gemeingüter. Bei der von der Bundesregierung immer wieder vorgesehenen Privatisierung deutscher Autobahnen z.B. ist die Allianz der Hauptbetreiber. Und auch sonst neigt sie zur eigenen Bereicherung durch dem Staat entzogene Gelder. Bei den kriminellen „Cum ex Geschäften“, mit denen von der öffentlichen Hand jüngst Steuern in Höhe von über 40 Milliarden ergaunert wurden, war die Allianz ganz vorne mit dabei.

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen

Verantwortlicher Redakteur:

Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag

Dürnlewangstr. 4, 70565 Stuttgart

Tel: 0711 / 74 29 09

vorort-vaihingen@arcor.de

Druck: UWS Papier&Druck GmbH

Auflage: 18 500

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart

IBAN:

DE40 6009 0100 0100 0150 00